

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929

2.5.1929 (No. 101)

Expedition: Karlsruher Zeitung, Karlsruher Straße Nr. 14, Fernsprecher Nr. 933 und 934, Postfachkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur E. Amenb., Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM, einsch. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 cm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kasierabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung, und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Evakuierung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inferent keine Anspflicht, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortlichkeit für irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Blutiger 1. Mai

Schwere Straßenkämpfe in Berlin — 9 Tote

M. Berlin, 2. Mai. (Priv.-Tel.) In Berlin kam es am gestrigen 1. Mai zu sehr schweren Zusammenstößen von Kommunisten aufgekochter Demonstrationen mit der Polizei, bei denen es eine Anzahl Tote und sehr viele Verletzte gab. Im Norden Berlins und in Neukölln kam es zu Barrikadenkämpfen.

Der Berliner Polizeipräsident vertrat heute die gestrige Aktion der Polizei vor Vertretern der Presse, wobei er feststellte, daß die Polizei äußerste Zurückhaltung gewahrt hatte und immer erst von der Waffe Gebrauch machte, nachdem seitens der Kommunisten Angriffe mit Steinen und Schusswaffen erfolgt waren. Versucht hat man es auch vielfach, mit durch Spritzen aus den Hydranten die Demonstranten zum Mäumen der Straßen zu zwingen. Die Polizei gibt als Opfer 7 Tote und 87 verwundete Zivilisten und 30 verwundete Polizeibeamte an. 900 Personen wurden festgenommen, darunter der Reichstagsabgeordnete Ende und der Landtagsabgeordnete Schulz, Neukölln. Während die meisten entlassen wurden, sind 175 in Haft genommen und dem Gericht vorgeführt worden. Sie haben sich wegen Landfriedensbruchs und Aufruhrs zu verantworten.

Von städtischer Seite wird mitgeteilt, daß 9 Tote eingeliefert worden sind und 66 Personen, darunter 13 Frauen, noch im Krankenhaus liegen. Auf den Rettungswachen sind 108 Personen verbunden worden.

Die Barrikadenkämpfe

Am gestrigen 1. Mai fanden in ganz Berlin 32 Versammlungen statt, an denen über 60 000 Personen teilnahmen. Reichsweitlich wurden die Polizeibeamten mit Wertscheldeln beworfen und beschossen. Der Polizei gelang es jedoch durchweg, die sich bildenden Demonstrationen unter Anwendung des Gummifrispels und Benutzung von an Hydranten angeschraubten Schlauchleitungen zu zerstreuen.

Etwa gegen 6 Uhr abends errichteten die Kommunisten in der Kantstraße im Norden Berlins aus dort lagernden Baumaterialien und Baubuden eine hohe Barrikade und es wurden auf die anrückende Polizei von den Barrikaden und den Dächern der Häuser der anliegenden Köpfer- und Weddingstraße etwa 1500 Schüsse abgegeben. Der Polizei gelang es schließlich, die Barrikade zu stürmen und auch in die verbleibenden Häuser einzudringen und diese zu säubern. Gegen 10 Uhr abends fielen immer noch vereinzelte Schüsse und die Scheinwerfer suchten unaufhörlich an den Häuserfronten entlang, um zu verhindern, daß das Schützenfeuer wieder auflebe. Die aus den Häusern herausgeholtten Kommunisten mußten sich mit erhobenen Händen zu den Sperreihen begeben, wo sie entwaffnet wurden. Wie hart das Feuergefecht war, beweist, daß in eine einzige Privatwohnung allein 15 Geschosse einschlugen. Die Bewohner der beiden Straßenseiten mußten sich größtenteils in die Hinterzimmer flüchten, um nicht durch einschlagende Geschosse verletzt zu werden. Bis gegen 2 Uhr nachts waren etwa 900 Personen eingeliefert, die sich wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt, wegen Verletzung oder Landfriedensbruchs zu verantworten haben werden. Die Zahl der Sikierten aus Anlaß der Mairfeier ist die höchste, die bisher bei solchen Anlässen vorgekommen ist.

In den späten Abendstunden kam es in Neukölln, in der Gegend der Zieten- und Steinmetzstraße zu schweren kommunistischen Ausschreitungen, die die Polizei schließlich durch Einsatz von Panzerwagen vorzuziehen. Die Kommunisten hatten in der Zietenstraße Barrikaden errichtet und ebenso wie im Norden der Stadt, wurde auf die heranrückenden starken Schutzpolizei-Kommandos aus den Häusern und von den Dächern geschossen.

Die Polizei nahm schließlich 40 der Aufrührer fest. Mehrere der Verhafteten hatten teils schwere, teils leichtere Verletzungen davongetragen. Auch 4 Tote wurden auf dem Kampfplatz aufgefunden.

Im Reich

Ist die Mairfeier meist ruhig verlaufen. In Breslau kam es zwischen Kommunisten und der Polizei zu einem Zusammenstoß. Es wurden einige Verhaftungen vorgenommen.

Der 1. Mai im Ausland

In Österreich verliefen die Kundgebungen überall ruhig. Nur in Kapfenberg kam es zu Zusammenstößen zwischen sozialdemokratischen Schutzbündlern und Heimatschützen. Es wurden insgesamt 19 Personen verletzt, darunter 17 Heimatschützen. — In der Schweiz mußte nur in Genf die Polizei überbergend einschreiten, um eine Anzahl von Demonstranten, die sich in der Nähe des italienischen Konsulats angesammelt hatten, zu zerstreuen. — In Paris kam es bei der Mairfeier zu einem Zusammenstoß zwischen Sozialisten und Kommunisten, wobei ein Arbeiter leicht verletzt wurde. In den großen Industriestädten, wie Bille, ruhte die Arbeit fast vollständig. In Marseille erfolgte ein Zusammenstoß zwischen Feiernden und der Polizei. In Lens gab es Zusammenstöße. In Paris und Umgebung wurden insgesamt 3400 Personen festgesetzt, darunter zahlreiche Ausländer.

Letzte Nachrichten

Die Finanzfragen des Reichs

Doch neue Steuern?

M. Berlin, 2. Mai (Priv.-Tel.) In politischen Kreisen nimmt man an, daß der Reichstag seine Pfingstferien schon in den nächsten Wochen beginnen wird, da dann die Etats verabschiedet worden sind und neuer Beratungsstoff noch nicht weit genug vorgearbeitet ist. Mit Rücksicht auf die Landtagswahlen in Sachsen sowie den sozialdemokratischen Parteitag will man die Tagungen erst wieder im Juli aufnehmen.

Inzwischen gehen die Verhandlungen über Finanzfragen weiter, wobei man sich im wesentlichen schon dahin entschieden hat, zur Aufbringung der Luftfahrtsubventionen eine Anleihe aufzunehmen, die vom Reich amortisiert u. verzinst wird. Auch ist jetzt von einer Kapitalertragsteuer die Rede, um den Kassenstand des Reichs zu verbessern. Von einigen Parteien scheint auch die Möglichkeit offen gehalten zu werden, wieder auf eine Erhöhung der Biersteuer zurückzugreifen.

Noch keine Entscheidung über die Todesstrafe

Lebenslängliche Sicherungsverwahrung u. Todesstrafe abgelehnt

W.B. Berlin, 2. Mai. (Tel.) Der Strafrechtsausschuß des Reichstages stimmte heute über die Todesstrafe ab. Dabei wurde der Antrag des Vorsitzenden Dr. Kahl (DVP.), die Todesstrafe durch lebenslange Sicherungsverwahrung zu ersetzen, mit 16 gegen die 12 Stimmen der Sozialdemokraten, der Demokraten und des Abgeordneten Dr. Kahl (DVP.) abgelehnt, aber auch die im Entwurf vorgesehene Todesstrafe wurde mit 14 gegen 14 Stimmen abgelehnt. Gegen die Todesstrafe stimmten Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten. Die Rücke im neuen Strafrechtsentwurf konnte also auch heute nicht geschlossen werden.

Die Abrüstungskrise

W.B. Washington, 2. Mai. (Newer.) (Tel.) Genfer Pressemeldungen, wonach die vorbereitende Abrüstungskommission den Begriff „Berminderung der Rüstungen“ in „Begrenzung der Rüstungen“ abgeändert haben sollte, sind heute von Gibson auf eine Anfrage des Staatssekretärs Timson hin telegraphisch dementiert worden. Gibson berichtet, die Genfer Meldungen seien offenbar auf die einstimmige Ablehnung eines gewissen Änderungsantrages des Sowjetvertreter in einer Geschäftsordnungsfrage zurückzuführen. Die Kommission habe jedoch ausdrücklich festgestellt, daß ihr Standpunkt in der Frage der Verminderung der Rüstungen durch die Ablehnung des russischen Antrages in keiner Weise präjudiziert werde.

Unter Spionageverdacht verhaftet

W.B. Paris, 2. Mai. (Tel.) Wie „Matin“ berichtet, ist vorgelesen eine Hausangestellte aus der deutschen Schweiz, namens Martha Langer, die von ihrer Arbeitgeberin entlassen worden war, weil sie Tschingelher gestohlen hatte, unter Spionageverdacht verhaftet worden. Sie soll im Besitz eines unausgefüllten Fragebogens über die Methoden des militärischen Ausbildungsprozents von Vincennes gewesen sein und erklärt haben, daß ihr der Fragebogen von einem unbekannten Mann in der Gegend des Bahnhofs von St. Lazare zugesteckt worden sei. Nach dem „Matin“ sucht die Polizei den geheimnisvollen Unbekannten festzustellen, der sich für französische Militärangelegenheiten interessiert.

Das Ende des mexikanischen Aufstands

W.B. Douglas (Arizona), 2. Mai. (Tel.) Die 1500 Mann starke Besatzung von Agua Prieta, der letzten Festung der Aufständischen an der Nordgrenze Mexikos, hat sich heute den Bundesstruppen ergeben.

Minister a. D. Koch-Weser wurde zum Mitglied des Ständigen Schiedsgerichts in Haag ernannt.

Dr. h. c. Alexander Wunke, der Mitbegründer und bisherige alleinige Geschäftsführer und Chefredakteur der „Nürnberger Allgemeinen Zeitung“, Ehrenmitglied des Hauptvorstandes Deutscher Zeitungsverleger, der 53 Jahre lang an der Spitze der Zeitung gestanden hat, trat am 1. Mai in den Ruhestand.

Die 10. Völkerverversammlung tritt am 2. September in Genf zusammen.

In Moskau nahmen an der Mailandgebung über 600 000 Personen teil. In Gegenwart der Mitglieder der Regierung, des Diplomatischen Korps und zahlreicher Arbeiterdelegationen aus vielen Städten der Sowjetunion fand auf dem roten Platz die Parade statt, die Bolschewiloff abnahm. Bis zum Anbruch der Dunkelheit defilierten die Kolonnen der Manifestanten mit ihren Transparenten und mit allegorischen Darstellungen internationaler Ereignisse am Lenin-Mausoleum vorüber. Die Feier dauerte zwei Tage.

Präsidentenwechsel beim Landgericht Karlsruhe

Eine Rede des badischen Justizministers

Unter außerordentlicher Anteilnahme der Justizbehörden und der Anwaltschaft erfolgte am Mittwoch in Anwesenheit des Justizministers Dr. Trunk und des Ministerialdirektors Dr. Schmidt im Schwurgerichtssaal des Landgerichtsgebäudes in Karlsruhe die feierliche Verabschiedung des bisherigen Landgerichtspräsidenten Dr. Kempff und die Einführung des neuen Landgerichtspräsidenten Dr. Rudmann.

Nachdem Justizminister Dr. Trunk

die Erschienenen begrüßt hatte, führte er etwa aus:

Die Justizverwaltung sei dazu übergegangen, die Verabschiedung eines scheidenden und die Einführung eines neuen Präsidenten in feierlicher Form vorzunehmen, um damit der Öffentlichkeit zu zeigen, daß es sich bei dem Abschiednehmen und bei dem Dienstantritt des Präsidenten eines Landgerichts um eine bedeutende Sache handle. Die Zeitverhältnisse seien dazu angetan, das Amt des Chefs einer Justizbehörde von der Bedeutung eines Landgerichts mehr hervorzuheben, als dies in der Vergangenheit geschehen sei, und die Notwendigkeit des Einvernehmens zwischen den Justizbehörden unter sich und zwischen Justizbehörden und Rechtsanwaltschaft und weiterhin mit der gesamten Öffentlichkeit darzutun. Er glaube auch, es sei notwendig, daß die Justizbehörden mehr als bisher in die Öffentlichkeit gingen. Die Tätigkeit der Gerichte sei im letzten Jahrzehnt außerordentlich gewachsen. So habe sich die Zahl der im streitigen Zivilprozeß durch Urteil oder Vergleich zur Erledigung gekommenen Sachen im Bezirk des Landgerichts Karlsruhe von 1742 des Jahres 1913 auf 2374 im Jahre 1928 vermehrt. Die Tatsache, daß hiervon im Jahre 1928 567 Fälle durch Vergleich ihre Erledigung fanden, während dies im Jahre 1913 nur bei 130 Fällen der Fall gewesen sei, zeige, daß die Justizbehörden mit Hilfe der Rechtsanwaltschaft erfolgreich bemüht gewesen seien, weitmöglichst die Parteien zum gütlichen Ausgleich zu führen. Die Zahlen zeigten auch, daß die Justizbehörden, hier hervorgehoben besonders die Richter, heute bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit mit Arbeit belastet seien und daher leider nicht in dem wünschenswerten Maße Zeit zum Studium der rechtswissenschaftlichen Literatur und Rechtspredung finden könnten. Dabei seien die Verhältnisse gegenüber den früheren Zeiten außerordentlich erschwert. Auch die Menschen, die vor Gericht ihr Recht suchten, seien, da sie vielfach in Not und Elend ständen und vielfach um die Reste ihres Vermögens kämpften, andere geworden.

Die Öffentlichkeit beschäftige sich heute vielfach mit der Justiz, und zwar oft in einer Art, die weit über das übliche Maß einer zulässigen Urteilsfelle hinausgehe. Dabei erlaube man sich oft ein Urteil über einzelne Vorgänge, obwohl man keinen oder nur einen geringen Einblick in die Aufgaben der Justizbehörden und in die Schwierigkeiten bei der Erledigung der Aufgaben habe. Die Justizbehörden müßten demgegenüber zusammenstehen und größere Initiative zur geeigneten Aufklärung zeigen. Es sei hier nicht der Ort und die Zeit auf Einzelfälle einzugehen. Es solle aber die Gelegenheit benutzt werden, um insbesondere die Vertreter der Presse zu bitten, bevor sie zu schweren Angriffen gegen Justizbehörden ausholten und schwere Vorwürfe erhoben, sich Aufklärung zu holen. Er bitte auch alle Anwesenden, das Ihre bei Bildung dieses Teils der öffentlichen Meinung zum Wohle der Gesamtheit der Bevölkerung beizutragen. Die fortgesetzten Vorwürfe dienten nur den Kreisen, die den Staat untergraben wollten. Demgegenüber hätten Justizbehörden und Rechtsanwaltschaft die Pflicht zusammenzusehen und zu zeigen, was an guter Arbeit innerhalb der Justiz geleistet werde, und daß bester Wille bei allen Beamten und den Rechtsanwälten vorhanden sei. Es sei Pflicht der Justizbeamten, in die Öffentlichkeit hinauszutreten und unter der Bevölkerung als Freund und Berater zu wirken, gerade dort, wo Not und Schwierigkeiten zu beklagen seien. Sie würden für diese Arbeit gewiß Dankbarkeit ernten.

Hierauf dankte Justizminister Dr. Trunk dem scheidenden Präsidenten Dr. Kempff für seine in allen Landesteilen und auf den verschiedensten Gebieten der Rechtspflege geleistete Arbeit mit dem Wunsch, daß es ihm vergönnt sein möge, die verdiente Ruhe in Gesundheit lange zu genießen. Abdann stellte er den neuen Präsidenten Dr. Rudmann den Erschienenen vor und bat sie, ihm ihre Unterstützung und ihr Vertrauen weiterhin zu schenken.

Den Abschiedsworten des Justizministers für den scheidenden Landgerichtspräsidenten Dr. Kempff schloß sich der neuernannte Landgerichtspräsident Dr. Rudmann namens der übrigen Beamten der Karlsruher Justizbehörden an. Gleichzeitig bat er, ihm selbst die bisherige Hilfe weiter angebeihen zu lassen. Er werde bemüht sein, die bestehenden guten Ver-

ziehungen zwischen Richtern, Staatsanwälten und Rechtsanwaltschaft weiter zu pflegen und zu erweitern.

Nachdem Landgerichtsdirektor Dr. Wehler für die Beamten der Justizbehörden des Landgerichtsbezirks und Rechtsanwalt Ansel namens der Rechtsanwaltschaft dem scheidenden und kommenden Präsidenten die besten Wünsche ausgesprochen hatten, dankte der bisherige Präsident Dr. Kempff für das ihm während seiner 42jährigen Dienstzeit seitens der Justizverwaltung, seiner Mitarbeiter und der Rechtsanwaltschaft erwiesene Vertrauen.

Aus dem Reichstag

Jungfernteden — Die Arbeitslosenversicherung — Das Heimstättengesetz

Im Reichstag wurde am Dienstag noch nicht mit der Beratung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums fertig. Die vom Präsidenten Löbe so eifrig betriebene Rationalisierung wurde in diesem Falle nicht durchgeführt. Der Nebenfluss plätscherte eifrig bei jedem einzelnen Kapitel. Er plätscherte aus bisher unbekanntem Quellen, man gibt den bisher noch unbekanntem Mitgliedern der einzelnen Fraktionen Gelegenheit zu Jungfernteden. Tatsächlich wird das Arbeits-tempo des Reichstages gegenwärtig dadurch bestimmt, wie die Staatsberatung im Haushaltsausschuss gefördert wird. Es macht also nicht viel aus, wenn inzwischen der Arbeitsstoff im Plenum gestreckt und so auch denjenigen neuen Abgeordneten einmal das Wort verstattet wird, die sonst von der Fraktionsleitung nicht herangelassen werden.

Erledigt wurde am Dienstag das Kapitel Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung. Hierbei wandte sich der sozialdemokratische Führer der freien Gewerkschaften, Abg. Graßmann, gegen eine Reform der Arbeitslosenversicherung, die den Charakter eines Abbaues haben würde. Die meisten Beschwerden gegen die Handhaben der Versicherung hätten sich als unberechtigt erwiesen. Eine vorübergehende Beitragserhöhung werde die Arbeiterklasse lieber in Kauf nehmen als den Verlust der Selbstverwaltung und Selbständigkeit dieser Versicherung.

Der deutschnationalen Abgeordnete Münke beklagte die Handhabung der Versicherung auf dem Lande. Hier bezögen die Saisonarbeiter eine weit höhere Unterstützung als die Landarbeiter im Winter an Lohn.

Der demokratische Abgeordnete Kemmer, der sich für die Arbeitslosenversicherung einsetzte, machte dem östlichen Großgrundbesitz den Vorwurf, daß er deutsche Landarbeiter zurückweise und dafür polnische Wanderarbeiter einstelle.

Angenommen wurde schließlich ein Antrag, der die baldige Vorlegung eines Berufsausbildungsgesetzes verlangt.

Bei der dann folgenden Besprechung des Kapitels „Wohnungs- und Siedlungswesen“ marschierten besonders viele Redner auf. Von manchen Fraktionen mehrere hintereinander. Einig waren alle in der Forderung, daß die Siedlungsarbeit weiter gefördert werde. Beim Wohnungswesen gab es den alten Streit darüber, ob ein mehr oder weniger schneller Abbau der Wohnungszwangswirtschaft zu rechtfertigen sei.

Minister Wiffell erklärte, bei dem gegenwärtigen Stand des Wohnungsmarktes und der Wirtschaftslage denke die Regierung nicht an einen solchen Abbau. Das bereits ausgearbeitete Heimstättengesetz könne schon in drei Monaten vorgelegt werden.

Die Kommunisten, die mit den Vorbereitungen für ihre Maidemonstrationen zu tun hatten, erzwangen gegen den Willen der Mehrheit den vorzeitigen Abbruch der Sitzung dadurch, daß sie mit Erfolg die Beschlußfähigkeit des Hauses anzweifelten.

Den 1. Mai begeht das Reichstagsplenum mit Arbeitsruhe. Am heutigen Donnerstag um 14 Uhr soll weiter über Wohnungs- und Siedlungswesen geredet werden.

Rückreise des Reichsbankpräsidenten nach Paris. Reichsbankpräsident Dr. Schacht verließ am Mittwochabend wieder Berlin, um sich nach Paris zu den weiteren Beratungen der Reparationskonferenz zurückzugeben.

Der Polizeipräsident von Oppeln wurde von der preussischen Staatsregierung von seinem Posten abberufen und in den einstweiligen Ruhestand versetzt. Die Abberufung ist auf Grund der amtlichen Berichte über die Vorfälle in Oppeln erfolgt. Auch die beiden leitenden Polizeioffiziere der Oppelner Schutzpolizei sind mit sofortiger Wirkung versetzt worden.

Die Vorgänge in Oppeln haben in ganz Polen eine wüste Deutlichkeit ausgelöst. In Katowisz fand wiederum eine deutschfeindliche Kundgebung des polnischen Westmarkenvereins statt, die überaus stürmisch verlief. Die Teilnehmer forderten, daß das kattowitzer Stadtheater den Deutschen niemals zur Verfügung gestellt werden soll. Die polnische Regierung wird aufgefordert, volle Genugtuung für die Vorfälle zu verlangen.

Badisches Landestheater

Einmaliges Gastspiel Curt Goek mit seinem Ensemble.

Trio.

Lustspiel in drei Akten von Leo Lenz.

Regie: Fritz Friedmann-Frederich.

Curt Goek zählt gegenwärtig zu unseren besten Komikern, nicht im herben burlesken oder grotesken Stile, sondern in vornehmer Ironie, trockenem Witz. Der Gentleman-Komiker. Wie kennen ihn hier am Landestheater bereits als Autor, Schriftsteller und Darsteller ist er aus der gleichen Quelle der Befähigung und des daraus gewonnenen lächelnden Lebensvernehmens. In den Dienst dieser verinnerlichten Komik kann er eine vollkommene Herrschaft der Gestalt und des leichtesten Konversationsstils stellen. Die Wirkung ist eine vollendete Darstellung, die mit Halbheiten in Stimme und Bewegung arbeitet und dennoch absolute Selbstverständlichkeit und Natürlichkeit erlangt, so daß er keine Sekunde die Herrschaft über Zuschauer und Zuhörer verliert, die gebannt jeder Fuß-, Arm- oder Kopfbewegung, jeder Körperwendung, jedem kleinsten Mienspiel folgen, jedem halben Wort oder gar unartikulierten Laut lauschen und immer wieder in allem und jedem das Wunder des Lächelns und Lachens, der nie rastlos zu flackernden Komik erleben. Ein großer Schauspieler, der zugleich ein wirbiger, geistreicher und denkender Mensch ist.

Das Gastspiel von Curt Goek mit dem Lustspiel von Leo Lenz, in dem ohne angestrebte Tiefe das ewige Problem der Frau zwischen zwei Männern zwar oberflächlich, aber mit Laune, Witz und Humor neu dargestellt wird, war ein verdienter voller Erfolg. Wenn dabei auch Curt Goek selbst der Hauptträger war, so wurde doch dadurch das Zusammenspiel nicht beeinträchtigt. Einmal dank der langen, alle gegenfeitigen Unebenheiten abschleifenden Zeit des Ensemblespiels, zum andern dank der auch bei den anderen Mitwirkenden vorhandenen darstellerischen Begabung. Die Frau von Curt Goek, Valerie von Martens, war ein reizendes, verwöhntes, naiv egoistisches Frauchen Rita, Ferdinand von Alten ein sehr bestimmter, kluger Partner Rudolf und Helene Korschewitz eine reizende, erfahrene Jofe.

Ein sehr amüsanter Abend! Prof. Dr. Karl Söll.

Rückgang der Arbeitslosigkeit

Die endgültigen Zahlen über den Umfang der Arbeitslosigkeit am 15. April bestätigen die vorläufigen Angaben der Landesarbeitsämter, daß auch in der ersten Hälfte des Monats April die Arbeitslosigkeit weiterhin erheblich zurückgegangen ist, da vor allem die Außenberufe viele Arbeitskräfte aufnahmen. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung betrug am 15. April insgesamt 1 480 000, davon 1 197 000 männliche und 283 000 weibliche Personen.

Am 31. März wurden insgesamt 1 900 000 Personen unterstützt. In der Zeit vom 31. März bis 15. April ist also ein Rückgang der unterstützten Arbeitslosen um rund 420 000 oder 22 v. H. zu verzeichnen. Nach den vorläufigen Berichten ist die Arbeitslosigkeit auch nach dem 15. April weiter zurückgegangen.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung ist in der Berichtszeit von 192 000 auf 198 000 gestiegen.

Dr. Mataja in München

Der Kreisverband München der Bayerischen Volkspartei veranstaltete am Dienstagabend im Saale des Bürgerbräukellers eine stark besuchte großdeutsche Kundgebung, zu der der österreichische Bundesminister a. D., Nationalrat Dr. Mataja, als Vertreter des deutschen Ostens und der Präsident des saarländischen Landestages, Scheuer, St. Jüngert, als Repräsentant des bedrohten deutschen Westens erschienen waren.

Dr. Mataja führte u. a. aus, er erkläre darin, daß heute Präsident Scheuer vom Saargebiet und er zusammen hier sprechen, eine ganz besonders bedeutsame Fügung. Präsident Scheuer komme aus dem Westen und er aus dem Osten des geschlossenen deutschen Sprachgebietes. Dadurch werde der ganzen Welt gezeigt, daß die deutschen Stämme eine unauf lösbare und untrennbare Einheit bilden. Unter lebhaftem Beifall schloß der Bundesminister mit einer Aufforderung zur Einigung der vier auf christlicher Grundlage stehenden Parteien: der Bayerischen Volkspartei, des Zentrums, der Christlichsozialen in der Tschechoslowakei und in Österreich.

Der Landesratspräsident Scheuer betonte, daß rechtlich und historisch der Charakter von Land und Volk an der Saar ungetrennt deutsch ist und daß das Saargebiet deutsch war, deutsch ist und ewig deutsch bleiben will. Es handle sich um 750 000 Deutsche im Herzen des zivilisierten Europa.

Ein Beleidigungsprozeß des Dr. Jarres

In dem Beleidigungsprozeß, den Oberbürgermeister Dr. Jarres gegen den verantwortlichen Redakteur des kommunistischen „Ruhr-Echo“ in Essen, Willi Niegel, angestrengt hatte, wurde Niegel in Duisburg wegen übler Nachrede zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt.

Niegel hatte einen Artikel verbreiten lassen, in dem Dr. Jarres der Vorwurf gemacht wurde, daß er im Jahre 1923 das Rheinland in verräterischer Absicht an Frankreich habe abtreten wollen und in dem Dr. Jarres als Verdingungsminister bezeichnet wurde. In der Urteilsbegründung wurde herbeigehoben, daß Dr. Jarres seine Politik in edelster Absicht betrieben habe; es müsse wohl zugegeben werden, daß der von dem Nebenkläger vorgeschlagene Weg ein gefährlicher gewesen sei, doch gab dies dem Angeklagten nicht das Recht, gegen Dr. Jarres den Vorwurf des Landesverrats zu erheben. Von Landes- oder Hochverrat könne keine Rede sein, wenn Dr. Jarres auf legalem Wege mit Wissen seiner Ministerkollegen eine Aktion habe einleiten wollen.

Lohnstarifbindung in der Rheinschiffahrt. Die Gewerkschaften haben, wie aus Duisburg gemeldet wird, sowohl den Mantel, wie auch den Lohnstarif in der Rheinschiffahrt zum 30. Juni gekündigt.

Erhöhung der Ablieferungssumme der Post an das Reich. Im Verwaltungsrat der Reichspost wurde der Nachtrag zum Voranschlag für 1929 angenommen, wonach unter anderem entsprechend dem Deckungsprogramm des Reichstages die bisher mit 128 1/2 Millionen vorgesehene Ablieferung der Reichspost an das Reich um weitere 85 Millionen Reichsmark erhöht wird. Bei dieser Gelegenheit erklärte Reichspostminister Dr. Schäkel, daß eine Erhöhung der Postgebühren nicht in Frage komme.

Keine Verkündigung im Ruhrbergbau. Im Reichsarbeitsministerium fanden am Dienstag nochmals Verhandlungen im Lohnstreit des Ruhrbergbaues statt, nachdem der Schiedspruch von den Arbeitnehmerverbänden abgelehnt worden war. Eine Verkündigung unter den Tarifparteien war nicht zu erzielen. Die Entscheidung des Reichsarbeitsministers, ob der Schiedspruch im öffentlichen Interesse für verbindlich zu erklären ist, steht bevor. — Die Angestelltenorganisationen der rheinisch-westfälischen Eisen- und Stahlindustrie haben die jetzt geltenden Gehaltsätze zum 31. Mai d. J. gekündigt.

Der Berliner Metallschiedspruch. Der Verband Berliner Metallindustrieller hat beschlossen, den vom Schlichtungsausschuß gefällten Schiedspruch für die Berliner Metallarbeiter abzulehnen, weil die Lohnerböschung wirtschaftlich für die Betriebe nicht tragbar sei. Vermutlich wird von den Gewerkschaften die Verbindlichkeitsklärung beantragt werden.

Brandschadenstatistik. Die bei den Mitgliedsvereinigungen der Arbeitsgemeinschaft privater Feuerversicherungsgesellschaften in Deutschland im Monat März 1929 für das Deutsche Reich angemeldeten Schäden betragen insgesamt 12 077 477 RM. Im gleichen Monat der Vorjahre betragen die Schäden 1928 = 11 830 185 RM; 1927 = 7 502 949 RM. Die Gesamtsumme der in den Monaten Januar bis einschließlich März d. J. angefallenen Schäden beträgt im Deutschen Reich 41 828 085 RM (1928 = 30 416 091 RM, 1927 = 23 571 370 RM).

Kurze Nachrichten

Luffahrtpläne der Reichspost. Im Verwaltungsrat der Reichspost machte Reichspostminister Dr. Schäkel aufsehenerregende Mitteilungen über die Luffahrtpläne der Reichspostverwaltung, die Reichspost, selbständige Luftpostlinien einzuführen. Weiter sei an die Errichtung einer Verbindung nach dem Orient gedacht. Unter Ausschaltung der Konkurrenz müßten Fahrzeuge gewarteter werden, das gleiche gelte von der Fahrzeugherstellung, wodurch zugleich, ein Einheitsstyp für Luffahrzeuge gefördert wurde.

Auflösung der Sozialdemokratischen Partei Litauens. Aus Romno wird mitgeteilt, daß auf Grund eines Erlasses des Innenministers die litauische Sozialdemokratische Partei wegen staatsfeindlicher Tätigkeit aufgelöst wird.

Der gegenwärtige Bohuslav Trochis. Trochis hat anscheinend die Hoffnung auf Aufenthaltsgenehmigung in einem anderen Land aufgegeben und wohnt bei Konstantinopel ein kleines Haus auf der Insel Prinkipo im Marmarameer.

Die Gesamtannahmen Großbritanniens aus deutschen Reparationen einschließlich der belgischen Kriegsschuld betragen nach einer Erklärung Churchill's bisher 68 Millionen Pfund Sterling.

Der Prozeß gegen die Mafia. Nach neun Monaten Dauer ist der Prozeß gegen 161 Anhänger der Mafia in Termini Imerese beendet worden. 150 der Angeklagten wurden zu Gefängnisstrafen bis zu 23 Jahren verurteilt.

Badischer Teil

Zum Tode des Staatsministers Freiherrn v. Bodman

Das Beileid des Landtages

An Stelle des erkrankten Präsidenten Dr. Baumgartner hatte Vizepräsident Maier folgende Beileidsbezeugung nach Freiburg übermittelt:

„Für das Präsidium des Badischen Landtags spreche ich zu dem Hinscheiden des Herrn Staatsministers a. D. Eggeleng Freiherr Dr. von und zu Bodman herzlichstes Beileid aus.“

Seine großen politischen Fähigkeiten, sein gerader und lauterer Charakter, sein strenger Gerechtigkeitsinn und sein lebenswürdiges Wesen gegen jedermann ohne Unterschied von Person und Rang sichern dem Verstorbenen für immer ein ehrendes Andenken.

Als Minister des Innern wie auch als Staatsminister hat der Verstorbene dem Lande Baden wertvollste Dienste geleistet. Sein oberster Grundsatz war stetig: Achtung der Verfassung und gerechte Durchführung der Geseze.

Die Geschichte des Badischen Landtags wird Eggeleng von Bodman als einem der Besten ein ehrendes Denkmal setzen.“

Bei der Beerdigung in Freiburg legte Vizepräsident Maier im Auftrage des Landtages einen Kranz mit folgenden Worten nieder: „Dem klugen Staatsmann, dem langjährigen Minister und Ministerpräsidenten, dem vortrefflichen Menschen bietet der Landtag diesen letzten Gruß.“

Dienstjubiläum

Am 8. Mai d. J. vollendet das Mitglied des Verwaltungsgerichtshofs Geh. Oberregierungsrat Dr. Paul Arnsparger sein 40. Dienstjahr. Er kann an diesem Tag auf eine erfolgreiche und verdienstvolle Tätigkeit im Dienste der badischen inneren Staatsverwaltung zurückblicken.

In Heidelberg geboren, wurde er 1889 Rechtspraktikant, 1892 Referendar, 1894 Amtmann zunächst in Raftatt, dann in Heidelberg; 1899 erfolgte seine Ernennung zum Regierungsrat und Kollegialmitglied der Domänenverwaltung. Im Jahr 1906 wurde er als Ministerialrat und Vortragender Rat in das Ministerium des Innern berufen; hier hat er 13 Jahre lang, vornehmlich als Referent für das Medizinalwesen, an verantwortungsvoller Stelle dem badischen Staat wertvolle Dienste geleistet; seit Juli 1919 war ihm auch das Amt des Territorialbelegierten der freiwilligen Krankenpflege für Baden übertragen. 1912 erhielt er den Titel Geh. Oberregierungsrat. Seit 1919 sind seine reichen Kenntnisse und Erfahrungen der Verwaltungsrechtspflege gewidmet; während seiner Zugehörigkeit zum Verwaltungsgerichtshof wurde er im Jahre 1926 zum „Oberverwaltungsgerichtsrat“ als Stellvertreter des Präsidenten ernannt; daneben bekleidet er seit 1924 das Amt eines stellvertretenden Mitglieds des Rechnungshofs.

Badischer Landtag

Öffentliche Sitzung am Dienstag, 7. Mai, vorm. 10 Uhr.

Tagesordnung:

1. Mitteilung der Eingänge.
- II. Mündliche Berichte des Ausschusses für Rechtspflege und Verwaltung und Beratung über:
 1. den Gesetzentwurf zur Änderung des Fürsorgegesetzes für Gemeinde- und Körperverletzungsbeamte vom 26. Juli 1921 in der Fassung der Gesetze vom 18. Juli 1923 und vom 8. August 1924 (Druckf. Nr. 50 und 50a), Bericht: erstatter Abg. Graf;
 2. den Antrag der Abg. Gündert u. Gen., Änderung der badischen Gemeindeordnung (Druckf. Nr. 33 und 33a), Bericht: erstatter Abg. Dr. Hoffmann;
 3. die Gesetze:
 - a) des Verbands der Polizeibeamten-Badens, Polizeibeamtengesetz, Bericht: erstatter Abg. Dr. Wolfhard;
 - b) des Gemeinderats M. Peter in Sandweiler, Befolgung der Gemeindebeamten, Bericht: erstatter Abg. Dr. Hoffmann.
- III. Mündliche Berichte des Haushaltsausschusses und Beratung über:
 - a) die Anträge der Abgeordneten:
 1. Dr. Glodner u. Gen., zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung der Angestellten in der badischen Staatsverwaltung (Druckf. Nr. 43 und 43a), Bericht: erstatter Abg. Nicker;
 2. von Au u. Gen., Maßnahmen zur Linderung der Not der durch Frostschäden betroffenen Hauseigentümer (Druckf. Nr. 47 und 47a), Bericht: erstatter Abg. Dr. Hoffmann;
 - b) die Gesuche:
 1. der Bad. Tierärztkammer, freiwilliges Tuberkuloselebensversicherungsfahren bei Kindern, Bericht: erstatter Abg. Weidhaupt;
 2. des Bürgermeisters der Stadt Eberbach, Beschädigung der Gemeinde- und Kreiswege durch Verkehrsmittelungen, Bericht: erstatter Abg. Gündert;
 3. des Kreisrates des Kreises Heidelberg, im a. l. Betreff, Bericht: erstatter Abg. Gündert;
 4. der Fuß- und Breiweifen-Wasser-Genossenschaften Dur-lach um Staatszuschuß, Bericht: erstatter Abg. Gündert.
- IV. Begründung und Beantwortung der förmlichen Anfragen der Abg. Gehmann u. Gen., Vorkommisse bei der Schutzpolizei (Druckf. Nr. 59).
- V. Berichte des Ausschusses für Gesuche und Beschwerden über eine Anzahl Gesuche.

Ferienfonderzugskonferenz

Am 1. Mai begann in Baden-Baden die Ferienfonderzugskonferenz für die Ferienfonderzüge des Sommerferienverkehrs unter Beteiligung der Vertreter der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft, der Gruppenverwaltung Bayern, der Reichsbahndirektionen, verschiedener Schiff-fahrtsgesellschaften, Privat- und Kleinbahnen und des Mittel-europäischen Reisebüros. Der Präsident der geschäftsführenden Reichsbahndirektion Frankfurt a. M., Dr. Rofler, eröffnete die Konferenz, begrüßte die Teilnehmer, um die Aufgaben der Konferenz und dankte Stadt- und Kurverwaltung für ihre Sorge um die Konferenzteilnehmer. Kurdirektor von Schönen begrüßte namens der Stadt und der Kurverwaltung die Teilnehmer und wünschte der Konferenz den besten Erfolg. Die Konferenz wird eine Woche in Baden-Baden tagen.